



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/XI/115 - 22. Mai 1956

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 81-83
Fernschreiber 0 886 880

Hinweise
auf den Inhalt:

Investitionsstopp der öffentlichen Hand und seine Folgen	S. 1
Zyprische Entwicklung in Singapore?	S. 3
Drei Monate Regierung Steinhoff	S. 5
Zum Tode von Kurt Heinig	S. 6
Im Nachtrag: Das Ergebnis von Moskau	S. 7

Ein Schlag gegen die Gemeinden

Von H.C. Ritzel, M.d.B.

Der Zentralbankrat der Bank deutscher Länder hat die Bundesminister Erhard und Schäffer aufgefordert, auf eine rasche Einschränkung der Ausgaben für Investitionen der öffentlichen Hand auch ihrerseits hinzuwirken. Bekanntlich hat die EdL eine Diskonterhöhung vorgenommen, die zu einer Kreditverteuerung und damit zu einer hohen Zinsenlast für die Betroffenen führt. Wenn nunmehr und zu diesem Zeitpunkt zur Vermeidung einer Konjunkturüberhitzung und zur Stabilisierung der Preise und im Interesse der Währung eine Einstellung der öffentlichen Bauten gefordert wird, so zwingt dieses Verlangen zu einigen kritischen Bemerkungen:

Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion hat am 1.12.1955 von der Bundesregierung einen Bericht über die Kosten der Bonner Bundesbauten verlangt und die Einstellung weiterer Bauvorhaben des Bundes im Raume Bonn beantragt. Sie hat hiervon bereits begonnene Bauten und Wohnungsbauten im Raume Bonn ausgenommen, aber ausdrücklich verlangt, dass keine weiteren Mittel für Bürobauten ausgegeben werden sollen. Die Bundesregierung ist diesen Bericht bis zur Stunde schuldig geblieben. Die Bundesbauten sind im wesentlichen unter Dach und Fach, mit Ausnahme des von Herrn Blank gewünschten, gigantischen, angeblich für 800 Beamte bestimmten Neubaus eines Bundesverteidigungsministeriums; sie wurden

in aller erste Linie aus Steuermitteln finanziert. Nachdem dies geschehen ist, sind die Bundesminister Schäffer und Erhard diejenigen, die im Zusammenspiel mit der Bank deutscher Länder sich gegenseitig die Bälle zuwerfen, um eine Einschränkung der öffentlichen Bautätigkeit zu erzwingen.

Der Appell des Zentralbankrates der Bank deutscher Länder, der vor allem in das Konzept des Bundesfinanzministers passt, wendet sich nun aber praktisch nicht gegen Bonner Bundesbauten, sondern in erster Linie gegen notwendige Neubauten der Kommunen und Kreise. Nachdem die Folgen des Zusammenbruchs von 1945 nicht zuletzt auch durch die hingebungsvolle Arbeit der deutschen Kommunalverwaltungen und Kommunalvertretungen einigermaßen überwunden worden sind, stehen die Gemeinden nunmehr vor der Notwendigkeit, bis jetzt nicht lösbar gewesene Bauaufgaben, vor allem auf dem Gebiete des Schulwesens, zu finanzieren. Sie sind in einer ungleich schlechteren Lage als der Bund und manche Länder: Sie können nicht zulasten von laufenden Einnahmen grosse Bauvorhaben finanzieren, sie sind auf den Kapitalmarkt angewiesen.

Ausgerechnet in dem Moment aber, in dem in zahlreichen Kommunen ernste Ansätze zur Milderung und schliesslich Beseitigung der Schulraumnot des Schichtunterrichts in Volks- und Mittelschulen vorbereitet werden, tritt eine Erhöhung des Diskonts und eine Erschwerung in der Kreditbeschaffung ein. Man kann ein Gefühl der Bitterkeit darüber nicht unterdrücken, dass Milliardenbeträge für sinnlose militärische Spieleisen aus Steuermitteln geopfert werden und zur gleichen Zeit der Weg zur Errichtung dringend notwendiger Schulbauten versperrt wird.

Noch einmal sei gesagt: Während der Bund grosse Investitionen zulasten des ordentlichen Haushalts durchführen konnte, sind Gemeinden und Gemeindeverbände durch ihre bisherigen, wirklich grossartigen Leistungen und durch erzwungene Kapitalaufnahmen derart belastet, dass sie ungleich ungünstiger dastehen als der Bund. Das ist u.a. auch die Folge des Fehlens einer gerechter Aufteilung des Steuereingangs.

Zahlreiche Gemeinden sind bereits an der Grenze ihrer Belastungsfähigkeit durch Kapitalaufnahmen angekommen. Wo noch eine Kapitalaufnahme zugunsten von Schulbauten, Gesundheitsämtern und anderen dringlichen kommunalen Notwendigkeiten möglich wäre, soll jetzt durch eine Sperre solcher Investitionen der Weg verbart werden. Die ungeheuren Investitionen der privaten Wirtschaft aber sind zu entscheidenden Teilen unter Dach und bis auf das 'Pentagon' sind auch die wichtigsten Investitionen des Bundes durchgeführt - die Gemeinden, ihre Kinder und die Eltern dieser Kinder sollen jetzt die Folgen tragen...

Zwiespältiger Eindruck des Scheiterns einer Selbstregierung

Dr. R. Der Chiefminister von Singapore, David Marshall, Vorsitzender der Labourfront von Singapore, war mit einem Stab von Experten nach London gefahren, um die Selbstregierung für die Kronkolonie zu erreichen. Kolonialminister Lennox-Boyd war bereit, eine Selbstverwaltung zu gewähren, eine Gesetzgebende Versammlung und eine Regierung zuzugestehen, die etwa die Rechte einer Commonwealth-Regierung haben sollte. Die Kontrolle über die innere Sicherheit des Millionen-Hafens wollten die Briten für sich reservieren, selbstverständlich neben dem Schutz der äusseren Sicherheit der Marinebasis, deren Wert seit der Gefährdung Ceylons durch die singhalesischen Ansprüche auf Aufgabe der britischen Stützpunkte Colombo und Trincomalee gestiegen ist, obwohl nicht in Vergessenheit geraten sollte, dass die Festung 1942 überraschend schnell vor dem japanischen Angriff kapitulierte hatte.

Es gibt in Singapore drei Parteien: die Liberalen Sozialisten, eine konservative Gruppe, klein und ohne grosse Aussichten, Marshalls Labour Front, die mit der Parole von der Selbstregierung die letzte Wahl gewann, und "Peoples Action Party", kurz PAP genannt, die Partei der Chinesen, völlig auf Peking abgestellt, unter einem fähigen Volksführer, der aus seiner antiwestlichen Haltung keinen Hehl macht. Das Reservoir der Partei sind die 900 000 Chinesen von Singapore, 80 % der Bevölkerung davon fast die Hälfte unter 21 Jahren, ein einmaliges Verhältnis in der Welt. Diese Jugend von Singapore ist Wachs in den Händen des PAP-Sekretärs Lee Kuan Yew; das bewiesen die grossen Strassendemonstrationen und -schlachten der letzten Monate.

Marshalls Verhandlungspartner in London, Lennox-Boyd, hatte in den Fällen Malaya, Goldküste und Westindien gezeigt, dass er ein weitblickender Mann sein kann. In Zypern hatte er dagegen eine bemerkenswert ungeschickte Hand. Gegenüber Marshall bestand er eisern darauf, dass die Briten weiterhin für die Sicherheit Singapores zuständig sein müssten. Ausserdemfalls war er bereit, einem paritätisch zusammengesetzten Sicherheitsrat unter dem britischen Hohen Kommissar die Kontrolle der inneren Sicherheit zu überlassen. Marshall verlangte einen Malaien als Vorsitzenden. Daran scheiterte die Konferenz. Pathetisch erklärte Marshall, die Kommunisten würden nur seine lauernden Erben werden.

Doch ist das gar nicht unreal gedacht. Auch der britische

Gouverneur in Singapore scheint nicht anders zu denken, denn er ordnete nach dem Scheitern der Verhandlungen schärfste Sicherheitsmassnahmen an, selbst die britischen Schulen wurden geschlossen. Man bereitet sich also auf heftige Reaktionen vor, die in der Siedehitze der Marinebasis kaum ausbleiben dürften, wenn man Marshall und seine Worte ernst nimmt.

Schwieriger als in Zypern

Es ist möglich, dass Marshall aus taktischen Gründen zu schwarz malte. Hätte er aber recht, so werden die Dinge in Singapore viel komplizierter werden als auf Zypern. Dann würden auch 15 Bataillone nicht genügen, die Basis für England zu halten, denn die Chinesen von Singapore sind in der Lage, jedes Leben zum Stillstand zu bringen. Sie sind politisch und gewerkschaftlich organisiert und stellen jene Massenbewegung dar, die auf dem unorganisierten Zypern einfach fehlen muss. Was dort einzelne unter dem Rufe "Enosis" tun, würden in Singapore Hunderttausende zum Marschieren und Demonstrieren kommandierte unter dem Schrei "Merdeka" in kurzer Frist vollbringen können. Das ist der grosse Unterschied, und er wird nicht geringer, dass sich die nächste Entwicklung in Singapore vor den Augen einer auf Selbstbestimmung und Neutralismus pochenden Welt abspielt.

In dem britischen Millionenhafen, der seine Entstehung und seine Blüte zweifellos britischer Kapitalien verdankt, betrachten die vermögenden Kreise die kommende Zeit mit Missbetagen. Sie gingen unter der britischen Flagge guten Geschäften nach, und daran könnte sich manches ändern, wenn die aufgeputschten Chinesenmassen in Bewegung geraten. So kam Marshall eigentlich als Wothelfer nach London. Dass man ihm nicht das Mindeste gab, was er brauchte, um zu Hause bestehen zu können, scheint selbst "Manchester Guardian" ein Fehler. Denn der Antikommunist Marshall, der die Selbstregierung nach Hause gebracht hätte, wäre ein Garant gewesen, dass Abenteuer unterblieben. Er war sogar bereit gewesen im Kriegsfall auf die Selbstverwaltung zu verzichten. Sein Partner Lernox-Boyd hat im Stile des Colonial Office gehandelt. Er wird auch verantworten müssen, was darauf folgt. Doch hätte man meinen können, dass er an der Zypern-Last schon genug zu tragen hat.

Widerlegte Unkenrufe

G.M., Düsseldorf

Am Pfingstsonntag waren es drei Monate her, dass SPD und FDP in Düsseldorf eine übermütig gewordene CDU aus der Landesregierung entlassen und eine neue Koalition bildeten. Die Befürchtungen, die daraufhin bei einigen Kreisen im In- und Ausland besonders im Hinblick auf die Möglichkeit einer ebenso zusammengesetzten Bundesregierung nach den 57er Wahlen entstanden, haben damals sehr merkwürdige Kassandrarufo ausgelöst. Inzwischen hat man sich etwas beruhigt. Trotz eifrigen Forschens waren keine Marschkolonnen der FDP mit wilden nationalistischen Liedern auf der Königsallee zu entdecken, noch haben die Sozialdemokraten begonnen, Lebensmittel und Seife zu rationieren, wie man es nach den düsteren CDU-Prophezeiungen fast hätte fürchten müssen. Selbst der gestürzte Ministerpräsident Arnold, der zunächst von einer "sozialistisch-liberalen Verschwörung gegen den christlichen Teil der Bevölkerung" sprach, hat sich eines Besseren besonnen und bei der letzten Landtagssitzung in einer etwas lahmen Erklärung seine Verdächtigungen mit Angriffen auf die CDU während der Düsseldorfer Auseinandersetzungen zu entschuldigen versucht.

Vermutlich hat man ihm auch von kirchlicher Seite einen Wink gegeben, nachdem die Regierung Steinhoff, genau wie ihre Vorgängerinnen seit 1945, dem katholischen Kirchentag in Köln - wie seinerzeit dem evangelischen in Essen - die übliche Unterstützung von 500 000 DM zugesichert hat. Aus Überzeugung, nicht aus opportunistischen Gründen wird die Landesregierung nach einer Erklärung von Ministerpräsident Steinhoff die Kirchen schützen und in ihrer Arbeit unterstützen, sie wird die Schulgesetze loyal und zuverlässig einhalten, allerdings auch darauf dringen, dass den Gesetz entsprechend die 235 konfessionellen Privatschulen 15 % ihres Etats selber aufbringen. Bisher haben das nur 11% getan und nach einer Mitteilung des neuen FDP-Kultusministers Prof. Buchtenberg haben die Beamten des Kultusministeriums "aus eigener Machtvollkommenheit" Vergünstigungen gewährt, die das Gesetz nicht kennt. Der extremste Fall ist wohl eine Haushaltungsschule, die für jeden Schüler im letzten Jahr 1.470.-- DM erhielt.

Ebensowenig wie radikale Massnahmen auf dem politischen Sektor geplant sind, sind wesentliche Veränderungen in der Beamtenschaft zu -6-

sozialistische Verfolgung nach mehreren Zwischenstationen in anderen europäischen Ländern getrieben hatte, wurde ihm von Stockholms Högskola schliesslich der Hut des Ehrendoktors verliehen.

Der in Leipzig Geborene war frühzeitig zur Gewerkschaftsbewegung und zur Sozialdemokratischen Partei gestossen und beiden ist er stets treugeblieben. Von 1918 bis 1922 war er Redakteur beim Berliner "Vorwärts". Seit 1923 leitete er die wirtschaftspolitische Abteilung des Deutschen Werkmeisterverbandes. Als sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter hat er von 1927 bis 1933 im Haushaltsausschuss des Deutschen Reichstages fleissig gearbeitet. Er hat mehrere Jahre als Vertrauensmann des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands während der Landesflucht vor der nationalsozialistischen Verfolgung in Skandinavien fungiert.

Kurt Heinig wird in der Geschichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands fortleben; er selbst hat sich in diese eingeschrieben. Wir trauern um ihn und werden seiner immer gedenken.

* * *

Ähnlich wie in London

Dieser Kommentar wurde am Montag unseren Fernschreib-Kunden zugestellt.

Die Verhandlungen des französischen Ministerpräsidenten Mollet und des Aussenministers Pineau in Moskau sind in Prinzip ähnlich verlaufen wie die vor einiger Zeit in London geführten Gespräche zwischen der britischen Regierung und den beiden führenden sowjetischen Politikern. Man hat miteinander "härter", aber auch offener gesprochen als es traditionellen diplomatischen Gepflogenheiten entspricht. In Fragen, die unmittelbar nur die beiden Beteiligten betreffen, sind auch psychologische und sogar konkrete Fortschritte erzielt worden. Bei den allgemeinen, weltpolitischen Fragen ist man über die Betonung des gemeinsamen Zieles der Entspannung und Sicherung des Friedens nicht hinausgekommen, hat sogar Meinungsverschiedenheiten in den Methoden, diese Ziele zu erreichen, zugegeben. In besonderer Masse trifft das auch diesmal für die Frage der deutschen Wiedervereinigung zu.

Dieses letzte Problem ist im Schlussskizzen, wie schon in London, nicht erwähnt worden. Auf einer Pressekonferenz sagte Mollet

am Samstagabend lediglich, dass zwischen Frankreich und der Sowjetunion Meinungsverschiedenheiten über die Methoden bestehen, wie die deutsche Wiedervereinigung herbeizuführen sei. Aber die sowjetische Regierung, so fügte er hinzu, sei im Prinzip nicht gegen eine deutsche Wiedervereinigung und "Le Monde" gab eine Erläuterung dieser Bemerkung mit dem Hinweis, höchstens würden die Russen "eine vage föderalistische Bindung der beiden rivalisierenden Republiken zulassen, die jedes Regime als der absoluten Beherrscher seiner Zone bestehen lässt." Die Sowjets haben jedenfalls auch diesmal in dieser Frage die gleiche unzulängliche Haltung eingenommen, wie sie bei ihnen so betont erst nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge in Erscheinung getreten ist. Über diese Tatsache und diesen Zusammenhang darf man sich keiner Illusion hingeben.

Schliesslich haben die Moskauer Verhandlungen alle jene Stimmen in Westen widerlegt, die nach dem viel beachteten Interview Mollets und nach verschiedenen Äusserungen Pineaus an der "atlantischen Zuverlässigkeit" der französischen Politik glaubten zweifeln zu dürfen. Wenn sich die Russen in diesen Punkt mehr oder weniger weitgehenden Hoffnungen hingeeben haben sollten, so sind sie enttäuscht worden. Die seinerzeitige französische Empfehlung, nach neuen, geeigneteren Wegen für einen Interessenausgleich zwischen Westen und Osten zu suchen, die begrüssenswert war, bedeutet also keineswegs, dass Paris bereit ist, eingegangene Bindungen innerhalb des westlichen Bereiches leichterhand infrage zu stellen oder gar aufzugeben, solange nicht weitergespannte, auch den Osten umfassende und ebenbürtig zuverlässige Vereinbarungen an ihre Stelle treten können.

* * *

Verantwortlich: Peter Rausau